

# erklärung!



DAS MAGAZIN # 01  
DER ERKLÄRUNG VON BERN JANUAR\_12

WE TRANSFORM RAINFORESTS INTO MINES AND DAMS  
NO MATTER WHAT

How do we poison people and the environment?

- By selling our highly hazardous pesticides
- By undermining independent science

 Selling elsewhere what can't be sold at home

IT'S TIME TO FACE THE TRUTH

**SAMSUNG (KOR)**

**FREEPORT MCMORAN (USA)**

FREEPORT MCMORAN  
A COMMON THREAT TO INDIGENOUS PEOPLE AND THE ENVIRONMENT  
NOT ONLY AT THE GOLD & COPPER MINE IN WEST PAPUA

**BARCLAYS (UK)**

Betting on food prices  
Sends prices out of reach  
But makes Barclays a tasty profit

**TEPCO (JPN)**

## PUBLIC EYE

# Mit Rückenwind nach Davos

Eine Dekade nach dem grossen Momentum der Globalisierungskritiker äussert sich die Unzufriedenheit vieler Menschen erstmals wieder als Massenbewegung auf den Strassen. Auch am World Economic Forum (WEF) in Davos beabsichtigt die Occupy-Bewegung, zu protestieren. Dort wird auch dieses Jahr das übelste Unternehmen des Jahres mit dem Public Eye Award prämiert – in Anwesenheit des Nobelpreisträgers Joseph Stiglitz.

TEXT\_CLAUDIO DE BONI // BILDER\_FEINHEIT

Als während der letzten Public Eye Awards Ende Januar 2011 die ägyptische Bevölkerung den Despoten Mubarak vom Thron stiess, rechnete wohl niemand damit, dass ein Jahr später zahlreiche weitere arabische Diktatoren durch den Druck von unten gestürzt seien. Noch überraschender ist, dass nun auch im Westen Menschenmassen ihren Unmut über herrschende Ungerechtigkeiten in der Form der Occupy-Bewegung auf die Strasse tragen. Occupy erhält dabei Schützenhilfe von prominenter Seite. So erklärte Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz, es herrsche ein

6 Firmen stehen wegen ihren SOZIALEN ODER ÖKOLOGISCHEN MISSETATEN auf der Shortlist der Public Eye Awards 2012.

**EvB**  
Erklärung von Bern  
Dichiarazione di Berna  
Déclaration de Berne

FORTSETZUNG >>

**BESTIMMEN SIE DEN ÜBELSTEN  
KONZERN 2012! JETZT ABSTIMMEN:  
WWW.PUBLIC EYE.CH**

## NOMINIERTER UNTERNEHMEN FÜR DEN PUBLIC EYE PEOPLE'S AWARD 2012



### **BARCLAYS (UK)**

TATORT **WELTWEIT**  
BRANCHE **FINANZ**

Die britische Grossbank Barclays spekuliert auf Kosten der Ärmsten mit Nahrungsmitteln. Als am schnellsten wachsender Nahrungsmittelspekulant ist Barclays mitverantwortlich dafür, dass allein im zweiten Halbjahr 2010 weltweit 44 Millionen Menschen wegen steigender Nahrungsmittelpreise in extreme Armut gedrängt wurden. Barclays lobbyiert massiv bei der britischen Regierung gegen staatliche Regulierungen von Lebensmittelspekulation.



### **FREPORT MCMORAN (USA)**

TATORT **WEST-PAPUA**  
BRANCHE **BERGBAU**

Der US-Minenkonzern Freeport McMoRan aus Arizona betreibt seit 45 Jahren ohne Rücksicht auf Natur und Mensch die weltgrösste Gold- und Kupfermine Grasberg in West-Papua. Täglich fallen in der Mine 230 000 Tonnen mit Schwermetall verseuchter Morast an, der als alles abtötende, 15 Meter hohe Schlammlawine die Umwelt in einem Umkreis von bis zu 10 Kilometern unter sich begräbt.

Freeport arbeitet eng mit der indonesischen Armee zusammen. Gewerkschafterinnen und Minengegner werden gefoltert und erhalten Todesdrohungen. Bei einem grossen Streik Ende 2011 wurden mehrere Streikende von der Polizei erschossen.



### **SAMSUNG (KOR)**

TATORT **SÜDKOREA**  
BRANCHE **ELEKTRONIK/  
MISCHKONZERN**

Südkoreas reichstes Unternehmen setzt in seinen Fabriken verbotene und hochgiftige Stoffe ein, ohne die ArbeiterInnen zu informieren und zu schützen. Mindestens 140 Arbeitende sind deshalb an Krebs erkrankt, bereits 50 junge Menschen daran gestorben. Samsung streitet trotz klarer Beweislage seine Verantwortung ab und diskreditiert die Erkrankten und Verstorbenen samt ihren Angehörigen öffentlich. Samsungs über 50-jährige Geschichte ist gezeichnet von Umweltverschmutzung, Gewerkschaftsunterdrückung, Bestechung und Steuerflucht. Die Macht des Mischkonzerns in Südkorea ist so gross, dass viele Bürger von der «Samsung-Republik» reden.



### **SYNGENTA (CH)**

TATORT **GLOBALER SÜDEN**  
BRANCHE **AGROCHEMIE**

Der weltgrösste Agrochemieproduzent Syngenta mit Sitz in der Schweiz vertreibt zahlreiche hochgiftige Produkte, die Mensch und Umwelt schädigen. Tausende Bauern und Bäuerinnen – die meisten davon im armen Süden – sind bereits beim Einsatz der Produkte gestorben, Aber-tausende trugen schwere Vergiftungen davon. Syngenta vermarktet trotz Verbot in Europa sein Herbizid Paraquat weiterhin aggressiv im Süden. Der Konzern führt zudem Verleumdungskam-pagnen gegen kritische Wissenschaftler oder versucht gar, sie mundtot zu kaufen. In den USA hat ein Syngentapestizid 90 Prozent des Wassers im mittleren Westen verseucht.



### **TEPCO (JPN)**

TATORT **JAPAN**  
BRANCHE **ENERGIE**

Der grösste japanische Energiekonzern Tepco hat wider besseres Wissen aus Kostengründen die Sicherheit seiner Atomkraftwerke stark vernachlässigt. Der GAU von Fukushima und somit die radioaktive Verstrahlung von Mensch, Land und Meer hätte verhindert werden können. Bei den Rettungsarbeiten hoffte Tepco auf den Wiedereinsatz der Reaktoren und zögerte deshalb über einen Tag mit der Kühlung der Reaktoren durch Meerwasser. Tepco ist direkt verantwortlich für die Kernschmelzen und die darauf folgenden Verstrahlungen. Ausserdem informierte der Konzern nachweislich falsch oder sehr verspätet über das Ausmass der Katastrophe.



### **VALE (BRA)**

TATORT **BRASIL IEN**  
BRANCHE **BERGBAU/ENERGIE**

Vale ist der zweitgrösste Konzern Brasiliens, der zweitgrösste Minenkonzern weltweit und global der grösste Eisenerzhersteller. Menschenrechtsverletzungen und Umwelterstörung ziehen sich wie ein roter Faden durch Vales 60-jährige Geschichte. Momentan beteiligt sich Vale am Bau des Belo-Monte-Staudamms im Amazonas. Dieser hat voraussichtlich 40 000 Zwangsum-siedlungen zur Folge. Die Betroffenen können weder mitbestimmen, noch werden sie entschädigt. Eine Fläche so gross wie der Bodensee würde unter Wasser gesetzt, mit verheerenden Folgen für Flora, Fauna und Indigene, die in diesem Gebiet leben.



## Schrumpfende Weltsicht

SUSANNE RUDOLF

**Ausgerechnet im Zeitalter der Globalisierung verzichten immer mehr Schweizer Medien auf eine fundierte Auslandsberichterstattung. Dieses Fazit zieht Professor Kurt Imhof, Leiter des «fög – forschungsbereich öffentlichkeit und gesellschaft» der Universität Zürich. Er legt dar, dass in den Medien immer weniger über den globalen Süden berichtet wird. Widmeten sich von 1960 bis 1991 noch 47 Prozent der ausserpolitischen Berichterstattung Afrika, Asien und Lateinamerika, schrumpfte dieser Anteil seit 1992 auf 15 Prozent. Mehr als die Hälfte der verbliebenen Medieninhalte besteht aus Kriegs- und Konfliktberichterstattung.**

**Unterstützt wird diese Entwicklung durch die Krise im Medienwesen. Wegen sinkender Einnahmen straffen die grossen Medienhäuser ihre Korrespondentennetze und begnügen sich zunehmend mit den Meldungen internationaler News-Agenturen. Die reduzierte Berichterstattung lässt die Welt auch in unserer Wahrnehmung schrumpfen. Gemäss Imhofs Studien sind davon besonders bildungsferne Schichten und die Altersgruppe der 15- bis 34-Jährigen betroffen. Ihre Welt ausserhalb der Schweiz besteht vor allem aus Konflikten, Krisen, Katastrophen und menschlichen Einzelschicksalen.**

**Deshalb wird es für die Erklärung von Bern (EvB) immer wichtiger, die Ursachen der globalen Armut in der Schweiz mediengerecht zu thematisieren: zum Beispiel mit dem Public Eye, das auch dieses Jahr sozial und ökologisch verantwortungslose Weltkonzerne anprangert. Oder mit öffentlichen Protestaktionen, die das Verhalten der Modebranche kritisieren oder den Opfern des tödlichen Pestizids von Syngenta eine Stimme geben. Das erfolgreiche EvB-Buch «Rohstoffe – das gefährlichste Geschäft der Schweiz» zeigt zudem exemplarisch, dass fundierte Recherchen vermehrt von NGO stammen müssen. Denn den Medienschaffenden fehlen heute Ressourcen und Fachwissen, die es erlauben würden, den globalen Süden in unserer Weltsicht präsent zu halten.**

>> FORTSETZUNG VON SEITE 1

Krieg gegen die Mittelklasse, die Banken hätten die politischen Prozesse gekapert. Er forderte: «Wir müssen unsere Demokratie demokratisieren.» Also die Konzerne an die Kandare nehmen.

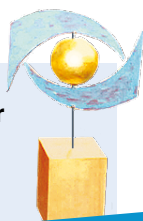
Auch wenn die Hochfinanz die Welt regiert, greift ein reines «Banken-Bashing» in Davos zu kurz. Bei unserer Suche nach den übelsten Konzernen des Jahres erreichten uns erneut über 40 Nominierungen von Konzernen aus aller Welt. Die Bandbreite der Verbrechen wird – leider – auch nach 13 Jahren Public Eye nicht kleiner. Nebst Konsum- und Agrargüterproduzenten sind Rohstoff- und Energiekonzerne unter den Nominierten erneut stark vertreten.

Zum ersten Mal in der Geschichte der Public Eye Awards wird der Chef von Greenpeace International diese Verbrechen öffentlich anprangern. Kumi Naidoo – vor einigen Jahren vom WEF als «Young Global Leader» geschmeichelt – ist Vollblutaktivist, der den Weg von unten nach oben kennt und um die Notwendigkeit von Protesten weiss.

**Stimmen Sie bis zum 26. Januar auf [www.publiceye.ch](http://www.publiceye.ch) ab und empfehlen Sie die Abstimmung weiter.**

**> MACHEN SIE MIT!**

[www.publiceye.ch](http://www.publiceye.ch)



### WICHTIGER HINWEIS

Bitte melden Sie uns Ihren Umzug frühzeitig! Die Post teilt Adressänderungen seit einigen Jahren nicht mehr mit. Die Nachsendefrist dauert lediglich ein Jahr, danach werden die Briefe mit dem Vermerk «Empfänger unbekannt» an uns zurückgeschickt.



IMPRESSUM Erklärung! 1/2012 AUFLAGE 23 700 Exemplare  
HERAUSGEBERIN Erklärung von Bern (EvB), Diererstrasse 12, Postfach, 8026 Zürich, Telefon 044 277 70 00, Fax 044 277 70 01, info@evb.ch, www.evb.ch REDAKTION Susanne Rudolf GESTALTUNG Clerici Partner Design, Zürich DRUCK ROPRESS Genossenschaft, Zürich; gedruckt mit Biofarben auf Cyclus Print, 100% Altpapier, klimaneutraler Druck

**«ERKLÄRUNG!» ERSCHEINT 4- BIS 5-MAL JÄHRLICH. MITGLIEDERBEITRAG: FR. 60.– PRO KALENDERJAHR (INKLUSIVE ABONNEMENT «ERKLÄRUNG!» UND EVB-DOKUMENTATION). POSTKONTO 80-8885-4**



## PESTIZIDE

## Paraquat: Syngenta missachtet Menschenrechte

**Mit dem Verkauf seines Herbizids Paraquat in Entwicklungsländern missachtet Syngenta elementare Menschenrechte. Zu diesem Schluss kommt ein juristisches Gutachten, das die Erklärung von Bern in Auftrag gegeben hat. Mit einer Aktion in Basel hat die EvB auf die Vergehen des Basler Agrokonzerns aufmerksam gemacht.**

TEXT\_FRANÇOIS MEIENBERG

Am 9. Dezember 2011, einen Tag vor dem Tag der Menschenrechte, haben Inserate der EvB auf die Menschenrechtsverletzungen von Syngenta aufmerksam gemacht. Während die «Basler Zeitung» den Namen Syngenta im Inserat zensurierte, wurde das Problem in der «Tageswoche» beim Namen genannt. Am selben Tag konnten die Baslerinnen und Basler ihre Solidarität mit den Opfern des Agrokonzerns mit ihrer Unterschrift auf einem

grossen Transparent an der Schiffplände bekunden. «50 Jahre Paraquat – 50 Jahre Verletzung von Menschenrechten: Wir trauern um die unzähligen Pestizidopfer und fordern von Syngenta, die Vergiftung von Landarbeitern und Bäuerinnen sofort zu stoppen!» war die unmissverständliche Botschaft auf der überdimensionalen Kondolenzkarte, die am Abend dann im Rahmen eines Trauermarsches durch die Innenstadt zum Syngenta-Hauptsitz getragen wurde. Dort wurden zum Gedenken an die unzähligen Opfer über hundert Kerzen angezündet und gemeinsam mit dem Mediensprecher von Syngenta eine Schweigeminute abgehalten.

### **Juristische Einschätzung stützt Forderungen der EvB**

Ob und wie Syngenta mit dem Verkauf von Paraquat die Menschenrechte auf Gesundheit und Leben missachtet, be-

antwortet ein juristisches Gutachten, welches im Auftrag des European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) und der Erklärung von Bern (EvB) erstellt wurde. Grundlage für die brisante Analyse waren die Uno-Leitprinzipien für Unternehmen und Menschenrechte, die der Menschenrechtsrat in Genf im Juni 2011 einstimmig verabschiedet hatte. Das Verdikt ist klar: Besonders in Ländern, in denen Bestimmungen zum Schutz der Pestizidanwender nicht durchgesetzt werden und in welchen der Zugang zu adäquater Schutzkleidung für die Mehrheit unrealistisch ist, nimmt Syngenta seine Pflicht, die Menschenrechte zu respektieren, nicht wahr. Die einzig wirksame Gegenmassnahme wäre, auf den Verkauf des hochtoxischen Pestizids zu verzichten. Auch der Verantwortung, den Opfern Wiedergutmachung zu leisten, ist Syngenta bis heute nicht nachgekommen.

## LANDWIRTSCHAFT

# Die «Big 6» der Agrochemie auf der Anklagebank

**Vom 3. bis 6. Dezember befand das Permanent People's Tribunal (PPT) im indischen Bangalore über Menschenrechtsverletzungen der sechs grössten Agrokonzerne – darunter auch Syngenta.**

TEXT\_FRANÇOIS MEIENBERG

Ziel des PPT, einer Institution mit Sitz in Italien, ist es, Menschenrechtsopfern Gehör zu verschaffen, indem ihre Fälle von Experten nach juristischen Regeln beurteilt werden. Vor ordentlichen Gerichten haben die Opfer bis heute kaum Möglichkeiten, zu klagen. Urteile des PPT haben für die Angeklagten denn auch keine direkten Konsequenzen, doch sind sie für die Opfer in vielen Fällen ein wichtiger Schritt, um Gerechtigkeit zu erlangen.

Diesen Dezember sassen die sechs grössten Agrokonzerne (Syngenta, Monsanto, Bayer, BASF, DOW und DuPont) auf der Anklagebank. Opfer

und Experten bereiteten vor der internationalen Jury eine Vielfalt an Menschenrechtsverletzungen aus. Einige davon wie zum Beispiel der Verkauf von persistenten organischen Schadstoffen, die sich in der Umwelt und gar in der Muttermilch von Frauen in Alaska anreichern, belasteten gleich mehrere Firmen. Syngenta wurden Vergiftungen durch Paraquat angelastet, aber auch Wasserverschmutzung mit Atrazine, welches bei Fröschen und Fischen zu Geschlechtsumwandlungen führt. Zudem wurde dargelegt, wie Syngenta Druck auf Wissenschaftler ausübt, wenn diese für den Agrokonzern unangenehme Resultate publizieren. Nach den dreitägigen Verhandlungen befand die Jury die Agrokonzerne, aber auch die Staaten, welche die Menschenrechtsverletzungen durch Untätigkeit zulassen, für schuldig.

Weitere Infos auf [www.agricorporateaccountability.net](http://www.agricorporateaccountability.net)

## IN EIGENER SACHE

## EVB-VORSTANDSMITGLIED FÜR DIE FINANZKOMMISSION GESUCHT

Interessieren Sie sich für ein ehrenamtliches Engagement im EvB-Vorstand und bringen Sie praktische Erfahrungen im Finanz- und Rechnungswesen mit? Der EvB-Vorstand – das sogenannte Komitee – sucht ab sofort ein Vorstandsmitglied für die Finanzkommission, idealerweise zwischen 35 und 55 Jahren. Neben den rund sechs abendlichen Vorstandssitzungen pro Jahr trifft sich die Finanzkommission zu 3 bis 4 zusätzlichen Sitzungen. Dabei sind Sie das fachliche Gegenüber des Finanzleiters und der Geschäftsleitung. Möchten Sie sich ehrenamtlich für eine Welt einsetzen, in der Menschenrechte mehr zählen als wirtschaftliche Interessen?

Dann erwartet René Steimer, heutiges Vorstandsmitglied in der Finanzkommission, gerne Ihre Kontaktaufnahme samt tabellarischem Lebenslauf: [admin@evb.ch](mailto:admin@evb.ch)



Claude Giger

Mit einem eindrücklichen TRAUERMARSCH durch Basel erinnerte die EvB an die unzähligen PESTIZIDOPFER VON SYNGENTA.

Der Basler Konzern hat weder eine Sorgfaltsprüfung durchgeführt, geschweige denn die notwendigen Konsequenzen aus den bestehenden Missständen gezogen. Wegen dieser Versäumnisse haben sich bis heute hunderttausende Landarbeiter und Bäuerinnen vergiftet, zehntausende sind gestorben.

Die Stellungnahme, die Syngenta am selben Tag als Replik auf die Vorwürfe der EvB publizierte, widerspiegelt das Verhalten des Konzerns betreffend Paraquat: Der Kritik ausweichen und Nebelpetarden werfen. Syngenta ging nicht auf unser Gutachten und die darin geäusserten Vorwürfe ein. Paraquat wurde in der Antwort von Syngenta nicht einmal erwähnt. Stattdessen sprach Syngenta von Pestiziden im Allgemeinen und betonte, wie nützlich diese für die Ernährungssicherheit seien. Haben Sie etwa die Kritik nicht richtig gelesen? Wahrscheinlicher ist, dass sie gar keine Antworten auf die Anklage haben.

## HANDELSPOLITIK

# Freihandelsabkommen mit China: Unabhängige Studie stützt EvB-Forderungen

**Das Völkerrecht und die nationale Gesetzgebung binden die Schweiz an die Menschenrechte. Sie hat folglich «darauf hinzuwirken, dass diesen Rechten im Freihandelsabkommen mit China angemessen Rechnung getragen wird», heisst es im Gutachten des Kompetenzzentrums für Menschenrechte der Universität Zürich.**

TEXT\_THOMAS BRAUNSCHEWIG

Bereits vor Verhandlungsbeginn zum Freihandelsabkommen (FHA) zwischen der Schweiz und China hat die Erklärung von Bern (EvB) vom Bundesrat verlangt, Menschenrechte in die anstehenden Verhandlungen zu integrieren. Als Erstes sollte die Schweizer Regierung abklären, wie sich ihre Verhand-

lungspositionen auf die Menschenrechtssituation in China auswirken würden. Zusammen mit Partnerorganisationen hat die EvB die Verantwortlichen weiter aufgefordert, verbindliche Menschenrechtsklauseln in das Abkommen aufzunehmen, um sicherzustellen, dass minimale arbeitsrechtliche Standards – die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) – eingehalten werden.

Das Schweizerische Kompetenzzentrum für Menschenrechte (SKMR) hat für die in der China-Plattform zusammengeschlossenen Organisationen, darunter die EvB, ein Rechtsgutachten erstellen lassen. Darin teilen die zuständigen ExpertInnen die Befürchtungen der EvB: «Auch wenn eine kausale Beziehung zwischen intensivierten

Handelsbeziehungen und der Gefährdung spezifischer Arbeitsrechte nicht bewiesen werden kann, weisen doch jüngste Entwicklungen auf eine solche Beziehung hin.»

Um die Rechte von Minderheiten wie den Tibetern und Uigurinnen zu schützen, empfehlen die Fachleute vom SKMR, im Rahmen des FHA sicherzustellen, dass ethnische Minderheiten an den wirtschaftlichen Vorteilen des Abkommens partizipieren können.

Schliesslich hält das Gutachten unmissverständlich fest, dass die Schweiz nicht nur die Pflicht zur Einhaltung der Menschenrechte bei staatlichem Handeln hat, sondern auch dafür sorgen muss, «dass schweizerische Unternehmen die Menschenrechte nicht verletzen».

CCC

## AUF DEM LAUFSTEG DURCH DAS KIRCHENSCHIFF

Gegen 100 Personen haben am 7. Dezember 2011 in der Bieler Stadtkirche gebannt den Präsentationen von fünf Amateurmodels zugeschaut. Der Arbeitskreis für Zeitfragen der deutschsprachig reformierten Kirchgemeinde Biel befasst sich mit ethischen Fragen und will den Alltag in die Kirche holen – dazu gehören auch Fragen zum Konsumverhalten. Die gelungene Modeschau mit Kleidern aus biologischer und fair gehandelter Baumwolle sowie Mode von sozial verantwortlichen Unternehmen sollte deshalb dazu anregen, die Modeproduktion und Wegwerfmentalität zu überdenken.



//CL

CCC

## FASHION DAYS MIT EINEM SCHWEIGER

Der deutsche Schauspieler Til Schweiger wirbt nicht nur als Werbebotschafter für Charles Vögele, sondern entwirft auch selber Kleider für das Modeunternehmen. An den Fashion Days 2011 in Zürich hat er seine Kreationen gleich selbst vorgeführt. Die Regionalgruppe Zürich der Erklärung von Bern war vor Ort und hat die glamourösen Fashion-Days-Gäste über die Produktionsbedingungen von Schweigers Kleidern aufgeklärt.

Denn die Schweiger-Hose wird in Bangladesch produziert – dort beträgt der monatliche Mindestlohn 34 Franken, was nicht mal ein Viertel der Ausgaben einer Familie deckt. In einem offenen Brief forderten wir Schweiger auf, Stellung zu beziehen und von Charles Vögele Existenzlöhne zu verlangen. Doch Schweiger liess lediglich via Management ausrichten, dass er sich als Werbebotschafter und

Designer keine Meinung zu operativen Fragen von Charles Vögele bilden könne.

//CL



POTENTATENGELDER

# Finma wäscht weisser

**Die heutigen Regeln zum Umgang mit Potentatengeldern verhindern nicht, dass Schweizer Banken profitieren, wenn korrupte Politiker ihre Länder plündern.**

TEXT\_ANDREAS MISSBACH

Anfang November 2011 veröffentlichte die Finanzmarktaufsicht Finma einen blauäugigen Bericht zum Umgang der Schweizer Banken mit Potentatengeldern (Politically Exposed Persons, PEP) aus Nordafrika. Weder orteten die staatlichen Aufseher bei den Banken grundsätzliche Probleme, noch schlugen sie gesetzliche Änderungen vor.

Die EvB widerspricht: Die heutigen PEP-Bestimmungen machen den Bock zum Gärtner. Geschäfte mit «politisch Exponierten» sind den Banken grundsätzlich erlaubt, solange die betreffende exponierte Person ihr Vermögen auf legale Art und Weise erworben hat. Diese Personen zu identifizieren, ist aber Aufgabe der Banken selbst. Sie sind es auch, die bei identifizierten PEPs die Herkunft des Vermögens vertieft abklären müssen. Schliesslich ist es wieder dieselbe Bank, die über die Aufnahme oder Weiterführung von Geschäftsbeziehungen mit der PEP entscheidet.

## Ungenügende Kontrolle

Laut Finma-Bericht wurden 7 von 29, also fast ein Viertel der PEP entweder nicht als solche erkannt oder trotz Identifizierung nicht als PEP behandelt. Auch die Abklärung der Herkunft der Gelder von identifizierten PEP wurde «teilweise nicht mit der notwendigen Tiefe» vorgenommen.

Klar ist, dass die Banken das Vertrauen, das ihnen die PEP-Bestimmungen entgegenbringen, nicht verdienen. Es reicht nicht, wenn die Finma ab und zu vorbeischaute, wenn «mal wieder etwas schiefgegangen» ist. Die Finma sollte alle Entscheidungen der Banken, sei es, ob PEP-Geschäftsbeziehungen aufgenommen oder weitergeführt werden, überprüfen und be-willigen müssen.



KOLUMNE FLURINA DOPPLER

## Konsumloch

**Januar: Die Tage werden länger, eben erst gemachte Vorsätze beginnen bereits wieder «zu bröckeln» und der Ausverkauf lockt Schnäppchenjäger en masse in die Läden. Schon wieder? War der Konsumrausch im Advent nicht genug?**

475 Milliarden Dollar investierte die Werbeindustrie 2010 weltweit, um uns weiszumachen, was uns alles fehlt. «Mentale Umweltverschmutzung» nennt Kalle Lasn, Gründer der Adbusters Media Foundation, die Allgegenwärtigkeit der Werbung. Das in Kanada beheimatete Netzwerk von Medienschaffenden leistet kreativen Widerstand gegen die Konsumkultur und die damit einhergehenden ausbeuterischen Produktions- und Handelsbedingungen. Zum Beispiel mit «Werbung» für den «Buy Nothing Day».

Der Aktionstag wurde vor 20 Jahren initiiert. Inzwischen rufen am «Chouf-nüt-Tag», wie er in Bern heisst, Organisationen in fast 50 Ländern dazu auf, der Konsummentalität für 24 Stunden abzuschwören.

Einen Tag lang bewusst nichts kaufen? Das klingt löblich, aber bringt das etwas? Wird der Konsum damit nicht einfach auf den nächsten Tag verschoben? Der Einwand ist berechtigt. Und doch: An einem Tag ohne Portemonnaie werden einem zahlreiche Gewohnheiten bewusst, und man beginnt nachzudenken über Nötiges und Überflüssiges, Bedürfnisse und Ersatzbefriedigungen. Vielleicht gar darüber, wer den Preis für unsere billigen Güter bezahlt. Es mag Langeweile aufkommen, möglicherweise aber auch Freude über gespartes Geld, gewonnene Zeit und einen neuen Blickwinkel.

Organisiert wird der Kauf-nix-Tag jeweils an einem der konsumwütigsten Tage des Jahres: in den USA am Freitag nach Thanksgiving, in Europa am letzten Samstag im November. Durchgeführt werden kann er aber natürlich auch privat und auch im Januar – eine interessante Erfahrung ist er allemal.



SAROJENI RENGAM

# Eine Biologin, die gegen Pestizide kämpft

**Seit 18 Jahren wehrt sich Sarojeni Rengam gegen die Vergiftung von LandarbeiterInnen durch Unkrautvernichter wie Paraquat. Anlässlich der jüngsten EvB-Aktion stand die Direktorin des Pesticide Action Network (PAN) Asia Pacific erstmals vor dem Basler Hauptsitz von Paraquat-Produzent Syngenta – und weinte.**

TEXT\_OLIVER CLASSEN

«Es war wirklich eine explosive Gefühlsmischung», staunt die 52-jährige Malaysierin rückblickend, «aber vor der Konzernzentrale empfand ich doch deutlich mehr Wut als Trauer.» Kein Wunder, schliesslich hat Rengam seit 1992 fast täglich mit Pestizidopfern zu tun, organisiert Trainings für lokale Betroffenengruppen und vertritt mit wissenschaftlichen Recherchen und politischem Lobbying deren Interessen. «Mit Herstellerfirmen wie Syngenta spreche ich aber kaum. Das überlasse ich dankbar der EvB, die mehr Distanz zum Geschehen und Know-how im Umgang mit diesen aalglatten PR-Profis haben», so Rengam. Als «Geburtshelferin» des 1982 entstandenen NGO-Netzwerks sei die EvB bis heute so etwas wie «die Mutter aller nördlichen Partnerorganisationen von PAN».

Mentorin der diplomierten Biologin und «geistiges Oberhaupt» von PAN Asia Pacific ist die Umweltaktivistin und alternative Nobelpreisträgerin Irene Fernandez. «Ohne Irene wäre ich nach dem Studium in Indien vermutlich in der Forschung gelandet», schmunzelt die Mutter zweier Kinder und Chefin von 15 Angestellten in Penang, der neuen Aussenstelle in Manila, wo sie auch selber lebt. Politisiert wurde sie als Tamilin der dritten Generation über ihr «genetisch verankertes Migrantinnenbewusstsein» und den Feminismus. Einer von vier Arbeitsschwerpunk-



Marion Nitsch

ten bei PAN ist denn auch die Stärkung der Frauen in Asiens Landwirtschaft. Die hauptsächlich von schwedischen und deutschen Entwicklungsprojekten finanzierte Organisation kämpft aber auch für mehr Ernährungssouveränität, gentechnikfreien Reis und eben gegen im Norden produzierte und im Süden eingesetzte Pestizide, die Land und Leute vergiften.

Besonders eindrücklich bei ihrem Aktionsbesuch fand Rengam die Traueranzeigen, mit denen die EvB die Bevölkerung in den beiden Basler Zeitungen zur Solidaritätsbekundung mit Syngentas Opfern eingeladen hat. «Aus Malaysias zensierter Presse kenne ich nur positive Paraquat-Werbung, die immer dann seitenweise geschaltet wird, wenn der Konzern politisch unter Druck kommt.» Für die PAN-Kommunikation sei das Internet deshalb viel wichtiger als Mainstream-Medien. Seit Kurzem hat sie auch ein eigenes Facebook-Profil. «Das hat mir meine Tochter eingerichtet, die neuerdings auch für PAN arbeitet», sagt Rengam stolz.

**SAROJENI RENGAM unterstützte die EvB-Aktion gegen Paraquat in Basel.**

\_\_\_«Aus Malaysias zensierter Presse kenne ich nur positive Paraquat-Werbung, die immer dann seitenweise geschaltet wird, wenn der Konzern politisch unter Druck kommt.»